



## ***Stockhofe aus Berlin***

Liebe Leserinnen und Leser!

In den verbleibenden Sitzungswochen stehen noch wichtige und große Gesetzesvorhaben zur Beratung und Beschlussfassung wie die Grundgesetzänderungen, die Maut und die Vorhaben aus dem Bereich innere Sicherheit an. Hier wollen wir die Handschrift der Union deutlich machen und unser Land weiter voranbringen. Wir werden uns aber auch inhaltlich mit dem SPD-Kandidaten auseinandersetzen. Er hat schon für Europa die falschen Rezepte angewandt, wie etwa die Vergemeinschaftung der Schulden, und deshalb werden wir ihm auch weiter auf den Zahn fühlen – auch wenn er meint, dies als Schlammschlacht bezeichnen zu müssen. Dadurch lassen wir uns nicht beeindrucken.

In dieser Sitzungswoche haben wir die umfassende Gesetzesänderung mit Reformen des föderalen Finanzgefüges und der Aufgabenerledigung im Bundesstaat beraten. Vorgesehen ist, den Ausgleich der Finanzkraft der Länder nicht wie bisher durch einen Finanzausgleich unter den Ländern vorzunehmen, sondern im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Die Bundesregierung schlägt vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder stellen sich dadurch besser und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene.

Daneben sind Reformen vorgesehen, um bestimmte Aufgaben besser und effizienter zu erledigen. Dazu gehören eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-Anwendungen und eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungs-Infrastruktur finanzschwacher Kommunen. Zudem erhält der Bundesrechnungshof zusätzliche Erhebungsrechte durch den Bund, und eine engere Koordination des bundesweiten Steuervollzugs wird eingeführt.

Gelingt der Abschluss dieser Reform, besteht für Bund und Länder finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030. Wir werden bei den Beratungen darauf achten, dass die Bundesinteressen gewahrt werden.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhofe

## **Bundesumweltministerium blamiert sich bei Wolf-Fragestunde**

Auf Initiative einiger CDU-Abgeordneter wurde in dieser Woche das Umweltministerium im Rahmen der parlamentarischen Fragestunde zum Thema „Wolf“ befragt.

Anlass war die Aussage der Bundesministerin Hendricks in der Sendung „Hart aber fair“, dass auffällige Wölfe in früher Kindheit vom Menschen aufgezogen worden seien. Sie behauptete, dies habe man jeweils nachweisen können. Doch Ministerin Hendricks kniff vor den Fragen der CDU-Fachleute und schickte stattdessen ihre Staatssekretärin Schwarzelühr-Sutter. Diese war bei dem Thema hoffnungslos überfordert und konnte bzw. wollte keine einzige Frage korrekt beantworten. Sogar Bundestagspräsident Lammert musste intervenieren und bestand darauf, dass das Umweltministerium Antworten schriftlich nachreicht.

So konnte ich beispielsweise nicht erfahren, wann ein „günstiger Erhaltungszustand“ beim Wolf erreicht ist, wie dieser definiert wird und welche Maßnahmen dann ergriffen werden sollen. Das Umweltministerium verschließt vor dieser Tatsache die Augen. Ebenfalls wird ignoriert, dass dringend ein Wolfsmanagementplan aufgestellt werden muss, damit beispielsweise Maßnahmen bei Verhaltensauffälligkeiten ergriffen werden können. Wenn darauf gewartet werden soll, bis es flächendeckend zu viele Wölfe gibt um zu prüfen, was man dann machen will, ist es zu spät! Notwendig sind klare Regeln, wie Mensch, Nutz- und Haustiere vor den Gefahren durch den Wolf geschützt werden können und – wenn nötig – schnelles Handeln. Wenn Wölfe erst einmal gelernt haben, dass etwa Nutztiere eine leichte und gute Beute sind, dann werden sie dieses Wissen in die nächsten Generationen weitergeben und durch die weiten Wanderungen auch weitertragen. Dies muss frühestmöglich verhindert werden. Die Aussage der Staatssekretärin, dass man sich zusammensetzen werde, wenn es ausreichend Wölfe gibt, um dann zu schauen, was man machen kann, ist unverantwortlich!

In einem anschließenden Gespräch lobte der Präsident des Deutschen Jagdverbandes (DJV) Hartwig Fischer unsere Initiative. Das Video der Fragestunde finden Sie unter <https://dbtg.tv/fvid/7072980>

## **Schutz für Polizisten und Rettungskräfte weiter verbessert.**

Wir haben in dieser Woche ein unmissverständliches Signal gesetzt, dass wir Gewalt gegenüber Einsatzkräften nicht hinnehmen. Rabiate Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte nehmen immer mehr zu. Diese Attacken sind völlig inakzeptabel. Endlich ist der Koalitionspartner auf die langjährige Forderung der Union eingeschwenkt, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen.

Zukünftig droht Angreifern nicht nur bei sogenannten Vollstreckungshandlungen wie Festnahmen eine Strafe, sondern bereits bei allgemeinen Diensthandlungen wie dem Streifengang und der Unfallaufnahme. Zusätzlich wird eine Mindeststrafe von drei Monaten eingeführt und der Kreis der besonders schweren Fälle erweitert. Trägt der Angreifer etwa eine Waffe bei sich, so droht auch dann eine besonders hohe Strafe, wenn er diese nicht verwenden wollte.

Die strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Polizei- und Rettungskräften stehen in einer Linie mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung unserer Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes (u.a. bei Bundespolizei und BKA) schaffen wir die Möglichkeit zum Einsatz sogenannter Bodycams, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen.

## **Gestiegene Ausgaben für Schüler an öffentlichen Schulen**

Jüngst veröffentlichte Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die öffentlichen Haushalte im Jahr 2014 im Durchschnitt 300 Euro mehr für die Ausbildung eines Schülers an öffentlichen Schulen ausgaben als noch im Jahr 2013. Im Bundesdurchschnitt beliefen sich 2014 die Kosten auf 6.700 Euro pro Schüler. Die höchsten Ausgaben verzeichneten Berlin und Hamburg (je 8.500 Euro), die niedrigsten Schleswig-Holstein (5.800 Euro) und Nordrhein-Westfalen (5.900 Euro). Die weitaus größten Aufwendungen entfielen dabei auf das Personal (ca. 5.500 Euro pro Schüler), gefolgt von Ausgaben für die Unterhaltung von Schulgebäuden, für Lehrmittel und Baumaßnahmen. Unterschiede zeigten sich auch bei den einzelnen öffentlichen Schularten. Während an allgemeinbildenden Schulen durchschnittlich 7.400 Euro pro Schüler ausgegeben wurden, waren es an beruflichen Schulen rund 4.600 Euro.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

## **Meine Termine vor Ort**

<b>18.02.2017, 10.00 Uhr</b>	<b>Landesvertreterversammlung CDU NRW, Bad Sassendorf</b>
<b>20.02.2017, 19.30 Uhr</b>	<b>Landwirtschaftsveranstaltung mit Christina Schulze Föcking, Herten</b>
<b>28.02.2017, 10.00 Uhr</b>	<b>Bürgermeister Toplak, Herten</b>
<b>01.03.2017, 18.30 Uhr</b>	<b>Aschermittwochsrede bei der CDU Marl</b>
<b>02.03.2017, 19.00 Uhr</b>	<b>Regionalkonferenz</b>
<b>03.03.2017, 17.30 Uhr</b>	<b>Politischer Aschermittwoch CDU Herten-Westerholt</b>